

MK3 Junggrüne Netzpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 16.04.2017

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Medien- und Kulturpolitik

1 Das Internet ist eine Technologie, durch die alle Menschen unabhängig von Ort
2 und Zeit Gestaltungs- und Teilhabemöglichkeiten erhalten und sich leicht und
3 umfassend vernetzen können. Zugang zum Netz ist allerdings von technischen und
4 sozialökonomischen Voraussetzungen abhängig. Aktuell ist keine flächendeckende
5 und für alle Menschen finanziell erschwingliche Teilhabe am digitalen Wissen
6 möglich.

7 Für die GRÜNE JUGEND Bayern ist ein niederschwelliger Zugang zum Internet für
8 alle eine grundlegende Aufgabe der Daseinsvorsorge im Freistaat Bayern.
9 Umfassender Zugang zum Internet muss gewährleistet sein, damit jede*r an der
10 Gesellschaft teilhaben, sich informieren und diese aktiv mitgestalten kann.

11 Um Internetzugang für alle Menschen sicherstellen zu können, muss der
12 Breitbandausbau in Bayern ambitionierter vorangetrieben werden. Die GRÜNE JUGEND
13 Bayern fordert daher den Ausbau der Breitbandversorgung mit Glasfaserkabeln zu
14 allen Haushalten bis 2025.

15 Bayern funkt frei!

16 Wir unterstützen den Aufbau eines Freifunknetzes in Bayern. Auf der W-LAN-
17 Technologie basierend kann so ein Funknetz auf- und ausgebaut werden, das
18 unabhängig, offen und zeitlich unbegrenzt verfügbar ist. Freifunknetze können
19 von allen Menschen kostenfrei genutzt werden.

20 Um das Wachsen des Netzes voranzubringen sollen unentgeltlich geeignete
21 landeseigene Dachflächen zur Vernetzung von Freifunkknoten zur Verfügung
22 gestellt werden und die Kosten für Betriebsstrom übernommen werden. Da
23 schnellstmöglich landesweit zahlreiche weitere Hotspots hinzukommen sollen,
24 fordert die GRÜNE JUGEND Bayern die Mittel für das "Bayern WLAN" für die
25 finanzielle Unterstützung des Freifunknetzes zu verwenden.

26 Kampf gegen Online-Hasskriminalität und für verantwortliche soziale Netzwerke

27 Immer mehr Menschen nutzen das Internet unter anderem um in sozialen Netzwerken
28 aktiv zu sein. Soziale Netzwerke nehmen daher eine gesellschaftliche Austausch-
29 und Informationsfunktion ein und tragen große Verantwortung.

30 Ein schwerwiegendes Problem in sozialen Netzwerken ist die steigende Anzahl an
31 Menschen, die online Hatespeech verbreiten. Darunter fallen Ausdrucksformen, die
32 Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus oder andere Formen auf
33 Intoleranz beruhendem Hass verbreiten, dazu anstiften, sie fördern oder
34 rechtfertigen; einschließlich von Intoleranz, die sich in aggressivem
35 Nationalismus und Ethnozentrismus, der Diskriminierung und Feindseligkeit
36 gegenüber Minderheiten, Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund
37 äußert. Die GRÜNE JUGEND Bayern stellt sich klar gegen die Verbreitung von
38 Hatespeech. Wir setzen uns für mehr Liebe statt Hatespeech ein.

39 Aussagen und Beiträge in sozialen Netzwerken und Foren dürfen nur unter
40 bestimmten Voraussetzungen gelöscht werden. Das hohe Gut der Meinungsfreiheit

41 muss hierbei gewahrt werden, aber bei der Verletzung gültigen Rechts Beiträge
42 gelöscht werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass Betreiber*innen von
43 sozialen Netzwerken genügend Mitarbeiter*innen einstellen, um gemeldete
44 Kommentare schnellstmöglich zu bearbeiten und eventuell löschen zu können, falls
45 sie strafrechtlich relevant sind.

46 Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert außerdem, dass Facebook bei Profilsperren allen
47 Betroffenen die Gelegenheit einer Stellungnahme einräumt und diese innerhalb
48 eines Tages bearbeitet.

49 Außerdem fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass endlich auch in Bayern Online-
50 Anzeigen möglich werden. Die Polizei soll hierfür sofort in Kontakt mit den
51 anderen Landespolizeien treten und schnellstmöglich ein Onlinetool zur
52 Einreichung von Anzeigen einrichten. In sozialen Netzwerken muss zudem
53 Opferschutz verbessert werden und Opferberatungsstellen eingerichtet werden.

54 Wir finden es wichtig, dass Privatpersonen Beiträge, die Hetze und Hass
55 enthalten melden und anzeigen, um so Hasskriminalität entgegenzuwirken. Doch
56 auch die Staatsanwaltschaft muss proaktiver Rechtsverstöße im Internet
57 verfolgen.

58 Des Weiteren fordert die GRÜNE JUGEND Bayern, dass Staatsanwaltschaft und
59 Polizei auch bei Officialdelikten im Internet tätig werden und Posts und
60 Beiträge in Sozialen Medien und Foren aufmerksam beobachten. Darüber hinaus
61 fordern wir die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für IT-
62 Straftaten und Straftaten in sozialen Netzwerken. Der massive Anstieg an
63 Straftaten in diesem Bereich erfordert die Schaffung von Stellen. Daten von
64 Anzeiger*innen rechtsextremer Straftaten müssen geheim bleiben und dürfen nicht
65 den Nazi-Anwält*innen zur Verfügung gestellt werden.

66 Vorgänge in sozialen Netzwerken bilden jedoch immer auch gesellschaftliche
67 Realitäten ab. Daher kann die Verfolgung von hetzerischen Meinungsäußerungen in
68 sozialen Netzwerken nicht bestehende gesellschaftliche Probleme lösen. Es bedarf
69 politischer Debatten in der Gesellschaft und Maßnahmen außerhalb des Internets,
70 die zu der Akzeptanz von Verschiedenheit und einer solidarischen Gesellschaft
71 beitragen.

72 Langfristig sehen wir großen Veränderungsbedarf in sozialen Netzwerken. Die
73 GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass soziale Netzwerke demokratisch strukturiert
74 werden und alle Menschen sich beteiligen können. Netzwerke und Plattformen
75 sollen dem Austausch und der Informationsweitergabe dienen, nicht dem
76 wirtschaftlichen Profit.

77 Wir schützen deine Daten!

78 Die GRÜNE JUGEND Bayern verteidigt Bürger*innenrechte. An vielen Stellen des
79 alltäglichen Lebens werden enorme Mengen an Daten gesammelt. Die GRÜNE JUGEND
80 Bayern steht für starken Datenschutz und das Prinzip der informationellen
81 Selbstbestimmung ein. BigData, also umfangreiche Datenmengen, werden zunehmend
82 nicht nur von Betrieben direkt, sondern auch durch WLAN-fähige Geräte gesammelt.
83 Die vermehrte Vernetzung und das stark steigende Angebot an intelligenten
84 Gegenständen (IoT) muss aufmerksam begleitet werden. Wir wollen, dass Daten
85 sparsam erhoben und nur zweckgebunden verwendet und verarbeitet werden. Jede*r
86 muss grundsätzlich selbst entscheiden können, ob er*sie personenbezogene Daten
87 preisgeben möchte. Im Sinne des Prinzips der Informationssicherheit muss die

- 88 Vertraulichkeit bei Übertragung und Zugriff sowie die Integrität der
89 gespeicherten Daten gewährleistet sein.
- 90 Wir sprechen uns gegen das Zusammenführen personenbezogener Informationen zu
91 Persönlichkeitsprofilen aus, da die Informationshoheit bei den einzelnen
92 Personen bleiben muss. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt das so genannte
93 Kreditscoring, das sind Verfahren zur Analyse der Kreditwürdigkeit von
94 Verbraucher*innen ab. Das derzeitige Vorgehen ist intransparent und verletzt die
95 informationelle Selbstbestimmung.
- 96 Wir fordern, dass Unternehmen jährlich allen Menschen, von denen sie Daten
97 besitzen, auf Wunsch elektronisch bzw. schriftlich mitteilen, über welche Daten
98 sie verfügen und abfragen, ob die jeweilige Person die Löschung ihrer Daten
99 wünscht.
- 100 Wir stehen auf der Seite der Whistleblower*innen!
- 101 Viele Whistleblower*innen leisten einen großen Verdienst für die Allgemeinheit,
102 indem sie wichtige Informationen aus einem geheimen oder geschützten
103 Zusammenhang heraus öffentlich machen, wie z.B. verschiedenste Missstände oder
104 Straftaten, Verstöße gegen Menschenrecht, Datenmissbrauch, Korruption oder
105 Insiderhandel. Häufig ist Whistleblowing sogar die einzige Möglichkeit, dass
106 Missstände offengelegt werden.
- 107 Whistleblowing darf keine unverhältnismäßigen strafrechtlichen Sanktionen zur
108 Folge haben. Je nach den Umständen des jeweiligen Falls muss auch eine
109 vollständige Straffreiheit für die Informationsweitergabe möglich sein.
110 Deutschland und auch alle anderen Staaten müssen in ihrer nationalen
111 Gesetzgebung, insbesondere im Bereich des Strafrechts und des Arbeitsrechts
112 hinsichtlich Kündigungen, den Schutz von Whistleblowern verankern. Bei der
113 Anwendung des Rechts in Fällen von Whistleblowing muss zwingend menschenrechtlich
114 gebotener Schutz eingehalten werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die
115 Straffreiheit für Whistleblower*innen und für Leaks. Werden über die
116 Informationsweitergabe hinaus Straftaten begangen, dürfen diese nicht straffrei
117 bleiben.
- 118 E-Government - Verwaltung ist transparent und offen
- 119 Wir setzen uns für mehr freies Wissen und die Entwicklung hin zu einer
120 Informationsgesellschaft ein. Die immer vielfältiger werdenden technischen
121 Möglichkeiten müssen genutzt werden, um mehr Transparenz zu schaffen und
122 Informationen allen Menschen barrierearm zugänglich zu machen. Die GRÜNE JUGEND
123 Bayern setzt sich für die Schaffung von Onlineinformationssystemen in jeder
124 Gemeinde, jeder Stadt und jedem Landkreis und für mehr Onlineangebote in
125 digitalen Bürger*innenämtern ein.

Begründung

erfolgt mündlich.